

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Oberanger 32, 80331 München Tel.: +49 - 89 - 260 34 75 Fax: +49 - 89 - 260 37 50 Internet: www.eu-bayern.de

Antrag auf der 59. Landesversammlung der Europa-Union Bayern Straubing, 18.06.2010			
Thema:	Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur	Antragsnummer:	4
		Antragsteller:	BV Niederbayern Vorsitzender: Konrad Kobler, MdL
		Abstimmung:	Einstimmig angenommen
		Weiterleitung:	Bayer. Staatsregierung, Bayer. Landtag

Die Delegierten der Landesversammlung der Europa-Union haben beschlossen:

Die Europa-Union Bayern erhebt im Zeichen der weiteren Integration und Zunahme der Bedeutung durch die geozentrale Lage Niederbayerns folgende Forderungen an die einschlägig Verantwortlichen und insbesondere die Regierungsstellen des Landes, des Bundes und Europas:

Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur:

Der schleppende Verkehrsausbau als auch der Ausbau des Datenschnellnetzes in Ostbayern wurden wiederholt moniert. Die EUROPA-UNION fordert die Beseitigung der verkehrsinfrastrukturellen Defizite insbesondere auch hinsichtlich der zunehmenden Kontakte zu den mittel-/osteuropäischen Staaten, insbesondere nach Tschechien, mit Verbesserung des grenzüberschreitenden ÖPNV. Konkret gehören dazu der dreispurige Ausbau der B 12, Passautschechische Grenze, die A94 wird allmählich zum Albtraum und hat eine Schlüsselfunktion für den Erhalt von Tausenden von Arbeitsplätzen zwischen dem Chemiedreieck und der Donau.

Ferner muss eine durchgehende Dreispurigkeit der A 3 Regensburg-Passau mittelfristig in die Verkehrsausbauplanung aufgenommen werden. Es gilt hier ebenso, wie beim Verkehrsprogramm "Deutsche Einheit" ein verstärktes Programm "Verkehrsprojekt Europäische Wiedervereinigung" zu realisieren. Bei uns an der Nahtstelle zwischen Ost u. West ist das geographische Zentrum Europas, wo mit dem Fall des "Eisernen Vorhangs" das Herz in Europa neu zu schlagen begonnen hat.

Der leistungsfähige Ausbau des Datenschnellnetzes hat immer noch nicht den erforderlichen Zustand erreicht. Kooperativ unter Einsatz von Bundes- und Landesmitteln muss in dieser Legislaturperiode der gleichwertige Grad des Ausbaus gegenüber den Ballungsräumen auf der Basis der wiederholten programmatischen Aussagen zur Stärkung des ländlichen Raumes erreicht werden.